

Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen

### **UNHCR-Flüchtlinge in Bremen aufnehmen – Bremen sagt ja!**

Als im vergangenen Jahr Hunderttausende im Iran auf die Straße gingen, wurden sie auch in der deutschen Presse als Helden gefeiert. Verzweifelt wehrten sie sich gegen die Menschenrechtsverletzungen. Zahllose Dissidentinnen und Dissidenten wurden inhaftiert, verschleppt, gefoltert, getötet oder hingerichtet. Wenigen gelang die Flucht. Nach Schätzungen des UNHCR, des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen, sitzen ca. 5.000 von ihnen in der Türkei fest. Für sie sucht der UNHCR derzeit Aufnahmeländer im Westen.

Im März kündigte die Bundesregierung an, einige der in die Türkei geflüchteten Oppositionellen aufnehmen zu wollen. In einer Runde von Innenminister-Vertretern aus Bund und Ländern einigte man sich daraufhin auf 50 aufzunehmende UNHCR-Flüchtlinge, für die sich nicht nur der UNHCR, sondern auch amnesty international und deutsche zivilgesellschaftliche Gruppen einsetzen.

In diesem Zusammenhang ist auch eine kirchliche Bremer Initiative zu sehen, sich im Rahmen des Projekts „Save me – eine Stadt sagt ja“ grundsätzlich zur Aufnahme von UNHCR-Flüchtlingen bereitzuerklären. Ziel der Initiative ist, anerkannten UNHCR-Flüchtlingen, deren Überleben andernorts schwer bedroht ist, durch gezielte Programme und Aufnahmeangebote eine neue Lebensperspektive zu schaffen. Dies tun nicht nur Staaten wie die USA oder skandinavische Länder, sondern in Deutschland auch bereits andere Städte wie München, Hannover oder Köln. Insgesamt haben schon 14 deutsche Städte ihre prinzipielle Bereitschaft zur Aufnahme von UNHCR-Flüchtlingen erklärt.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt für das Land Bremen die grundsätzliche Bereitschaft, Menschen, die besonderen Schutzes bedürfen, im Rahmen von „Resettlement“-Programmen des UNHCR und der Bundesregierung aufzunehmen und ihnen eine dauerhafte Lebensperspektive in Bremen zu eröffnen.
2. Dieser Erklärung entsprechend bittet die Bürgerschaft (Landtag) den Senat, eine Bundesratsinitiative einzuleiten, damit die Bundesregierung die notwendigen Voraussetzungen für die kontinuierliche Aufnahme von UNHCR-Flüchtlingen in Deutschland schafft.

3. Der Senat wird gebeten sich dafür einzusetzen, so schnell wie möglich und unbürokratisch in Absprache mit den Bundesländern weitere iranische Flüchtlinge aus der Türkei aufzunehmen.

Ulrike Hiller, Petra Krümpfer, Thomas Ehmke, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Zahra Mohammadzadeh, Björn Fecker, Dr. Hermann Kuhn, Dr. Matthias Güldner  
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN